

KREMSE NACHRICHTEN

DIE NACHRICHTEN DER KLS | KREMSE LINKE STADTBEWEGUNG



Was die Stadt Krems tut. Und was nicht. Mietenexplosion!

Österreichs Inflationsrate ist in der EU Spitze: Kaum jemand hat eine so hohe Teuerung wie wir! Verantwortlich dafür ist allein die Politik.

Das Wohnen wird immer teurer, denn anders als in anderen Ländern gibt es in Österreich keinen Mietendeckel. Wertsicherungsklauseln führen zu immer weiter steigenden Mieten. Überschreitet die Inflation einen Schwellenwert, werden die Mieten erhöht. Wenn die Regierung weiter nichts macht, steigen im Juli die Mieten erneut um 5,5%. Das wären dann laut ORF-Meldung + 24%

innerhalb von 15 Monaten! Eine endlose Spirale zu Lasten aller Mieter. Immobilienkonzerne reiben sich die Hände und immer mehr Menschen wissen nicht, wie lange sich das noch ausgeht.

Und in Krems so? Da steigen die Wohnkosten auch. Auch in Wohnungen, die der Stadt gehören!

2022 konnten wir als KLS die Mieterhöhung in den Gemeindewohnungen für Niedrigverdiener noch verhindern. Doch die Stadt hat kaum Wohnungen, bei denen sie direkten Einfluss auf den Mietpreis nehmen kann. Die

wenigen Wohnungen gehören der KIG - Kremser Immobilien GmbH & Co KG. Sie ist zu 100% im Besitz der Stadt. Die GEDESAG hingegen gehört nur zu 99% der Stadt, weshalb sie den Mietpreis nicht bestimmen kann. Man überlässt es also dem Markt. Was der Markt macht, sehen wir gerade: Er quetscht noch den letzten Cent aus den Mietern. Sei es durch Mieterhöhungen aufgrund der Teuerung oder durch die Erhöhung von Annuitäten. Letzteres führt etwa dazu, dass die Miete für eine im Jahr 2017 gebaute 58m² Wohnung von 565 € auf 710 € erhöht wurde. Begründet

wird dies mit Finanzierungsvorschriften aus der NÖ-Wohnbauförderung. Finanzierungsmodelle anderer Bundesländer erlauben solchen Wucher nicht, in NÖ geht das einfach so!

Bei Wohnungen der GEDESAG kann die Stadt nur über die Mietzuschussrichtlinie wirken, weshalb es im letzten Jahr einen Gemeinderatsbeschluss gab, diese Regelung anzupassen, damit mehr Menschen in den Genuss einer Förderung kommen. Passiert ist seitdem eigentlich nichts.

Warum lesen Sie auf Seite 2.

Inhalt

Mietenexplosion	Seite 1-2
Editorial	Seite 2
Interview mit GR Ronny Weißling	Seite 3
Aus dem Gemeinderat	Seite 4
„Klassenkampf von oben“	Seite 5
Landtagswahlen in Salzburg	Seite 6
„...aus unserer Sicht“	Seite 7
Kultur Mitte aktuell	Seite 8

Eine starke **KLS** Kremser Linke Stadtbewegung **hilft allen in Krems.**

Unterstütze unsere Arbeit und werde Teil unserer Bewegung, denn je mehr sich aktiv einbringen umso mehr können wir in unserer Stadt bewegen. Wir werden uns weiter im Sinne sozialer, ökologischer und demokratischer Verbesserungen stark machen. Besuche uns am Freitag, 30. Juni 2023 ab 9:30 Uhr bei unserem Infostand in der Landstraße.

Weitere Termine findest Du dann auf unserer Homepage www.kls-krems.at. **Wir freuen uns auf Dich!**

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser der Kremser Nachrichten!

Vor 26 Jahren habe ich die Gestaltung der Kremser Nachrichten übernommen und die Beiträge zum Großteil alleine gestaltet. Bei der Vorbereitung der letzten Gemeinderatswahlen sind einige jüngere Menschen zur KLS gestoßen, die sich jetzt gemeinsam mit mir um unsere Zeitung kümmern. Damit wird die Gestaltung zeitgemäßer werden, da auch in der Medien- und Druckbranche die Digitalisierung rasch voranschreitet. Auch die notwendige Nachfolge wird so gesichert, denn mit 74 Jahren muss ich beginnen, mir entsprechende Gedanken zu machen und nach und nach loszulassen.

Die traditionelle Ausrichtung unserer Zeitung **„Wir schreiben was andere verschweigen“** bleibt natürlich gleich. Wir sehen unser Wirken als umso wichtiger an, je mehr unserer Mitmenschen als Krisenverlierer in die Armutsfalle geraten. Wenn dann die Politik, egal ob auf EU, Bundes-, Landes- oder Stadtebene keine wirksamen Maßnahmen zur Gegensteuerung setzt, braucht es unseren Druck, um den Politikern, denen Armut und Not unbekannt/egal sind, mit der Veröffentlichung der Fakten so richtig einzuheizen! Als KLS und Kremser Nachrichten kämpfen wir gegen soziale Benachteiligungen, nicht nur im Allgemeinen, sondern wenn nötig auch persönlich im Einzelfall. Wobei allen, die unsere Hilfe bekommen, strikte Anonymität garantiert wird. Nothilfe als Show zur Selbstbeweihräucherung lehnen wir ab. **Wir sind und bleiben das gedruckte „Soziale Gewissen“ unserer Stadt!**

Als KLS wünschen wir Ihnen einen schönen Sommer und beim Lesen manch neue Erkenntnis zu den aktuellen Geschehnissen.

Ihr GR Mag. Wolfgang Mahrer

Um bedürftige MieterInnen zu entlasten, hat nun, wie auf Seite 1 erwähnt, der Gemeinderat im März 2022 den Beschluss gefasst, die seit 2010 unveränderte Mietzuschussrichtlinie zu überarbeiten. Die zuständige Stadträtin Frau Vizebürgermeisterin Hollerer versprach noch in der Gemeinderatssitzung „nächste Woche“ damit zu starten, damit im April 2022 darüber entschieden werden kann. Doch dieser aufrechte Gemeinderatsbeschluss wurde einfach vergessen und kam nie zur Umsetzung.

Erst als die KLS heuer im März wiederum anfragte, was die Stadt denn tun könne, erinnerte man sich an das Vorhaben. Termin für das Inkrafttreten der neuen Mietzuschussrichtlinie: April 2024! Auch wenn die Mühen der Politik manchmal langsam mahlen, so sind über zwei Jahre vom Beschluss bis zur Umsetzung eindeutig zu lange. Diese Verzögerung kostet vielen MieterInnen Geld, welches sie möglicherweise garnicht haben.

Es ist eine Ungeheuerlichkeit, wenn in einer sozialdemokratischen Stadt, in Wohnungen, die zu 99% der Stadt gehören, Menschen ihre Miete nicht mehr zahlen können und sich verschulden. Gleichzeitig sind wir so stolz darauf, dass die Schulden der Stadt immer weiter abgebaut werden. Aber doch bitte nicht auf Kosten derer, die eh kaum etwas haben!

Wir erleben es aber auch in Wien: Während die Bundes-SPÖ ein Einfrieren der Mieten fordert, erhöhte die Wiener Stadregierung die Mieten der Gemeindewohnungen im April um satte 8,6%. Das KPÖ-regierte Graz hingegen erhöhte die Mieten nur um 2% um notwendige Investitionen zu gewährleisten ohne die MieterInnen zu schröpfen.

Neueste Studien zeigen, dass in Graz das Verhältnis von Einkommen und Mietniveau EU-weit am günstigsten ist. Die leistbaren Gemeindewohnungen haben daran einen großen Anteil.

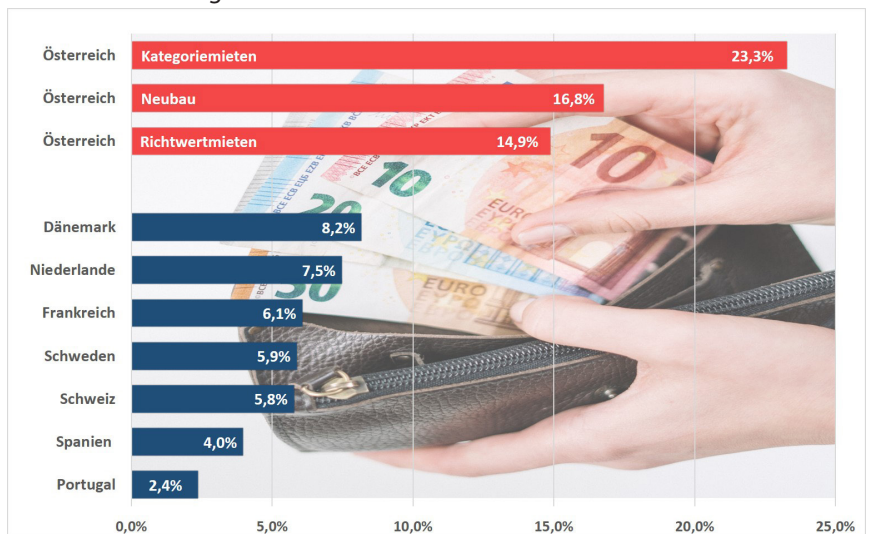
Auch den Zeitungen „Heute“ oder „Krone“ sind die hohen Mieten umfangreiche Berichte wert. Man fordert mehr Unterstützung des Staates, statt gesetzlicher Beschränkungen der Mieterhöhungen. Dadurch bleiben aber die Gewinne der Immobilienbranche unangetastet und der einfache Steuerzahler darf die so entstandenen höheren Staatsschulden selbst mit seinen Steuerzahlungen abtrottern. In diesem Sinne würde zwar eine verbesserte Mietzuschussrichtlinie in Krens vielen Menschen eine finanzielle Entlastung bieten, aber auf Kosten der Allgemeinheit statt auf Kosten der Krisengewinner.

Seit jeher fordert die KLS deshalb die Errichtung von Gemeindewohnungen. Auf eine Anfrage der Grünen an Bgm. Resch wegen der Wiederaufnahme des Neubaus von Gemeindewohnungen kam die Antwort, das sei keine Aufgabe der Stadt! Dabei wurde in der Ersten Republik der mit einer Sondersteuer finanzierte Soziale Wohnbau im „Roten Wien“ eine international bewunderte Errungenschaft. Gemeindebauten zeugten vom neuen Selbstbe-

wusstsein der Arbeiter und sicherten ihnen menschenwürdiges Wohnen. Nach dem 2. Weltkrieg wurde soziales Wohnen dann sogar als weltweites Menschenrecht verankert. Verankert ist das Menschenrecht auf angemessenes Wohnen im Artikel 25 (1) der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Artikel 11 (1) des UN-Sozialpakts. Dieser verbindliche Pakt garantiert allen Menschen Rechte, die darf kein Staat gefährden, vielmehr ist der Staat für deren Einhaltung zuständig.“

So ist es etwa in Tirol möglich, bei Umwidmungen von Grünland in Bauland einen Teil für Sozialbauten zu widmen. Kitzbühel verlangt bei Grünland-Umwidmungen, dass 50% der Fläche zum Grünlandpreis dem sozialen Wohnbau zu Gute kommt. Die andere Hälfte darf den Superreichen oder Immospekulanten zum Höchstpreis überlassen werden. In NÖ hat die ÖVP solche sozialen „Beschränkungen“ der Bodenspekulation immer verhindert und die FPÖ hat zuletzt auch keine solche Forderung bei den Koalitionsverhandlungen verlauten lassen.

Unsere Politiker stellen sich zu Gunsten der Immobilienkonzerne blind, wenn es um das Menschenrecht WOHNEN in Österreich geht.



In Österreich steigen die Mieten seit 2021 deutlich höher als in anderen Ländern mit Mietpreisbremse. Eine Mietpreisbremse senkt die Inflation und ist sozial treffsicher. Denn die ärmere Hälfte der Bevölkerung wohnt fast gänzlich zur Miete und 80% aller Mieteinnahmen fließen an das reichste Zehntel.

Interview der KN mit KLS-Gemeinderat Ronny Weßling

„Soziale Verantwortung statt Polit-Spielchen“

Kremser Nachrichten: Du bist ja ganz neu in der Politik. Was ist dein erster Eindruck als Gemeinderat?

GR Weßling: Ich bin zwar erst seit der Wahl Gemeinderat, aber schon immer ein politischer Mensch gewesen. Ich wusste also so ungefähr, was mich erwartet. Trotzdem war ich überrascht von der Themenvielfalt, mit welcher ich mich auseinandersetzen muss. Die KLS hat ja keinen Clubzwang, folglich trage ich die gesamte Verantwortung für mein Stimmverhalten und da möchte ich keine Entscheidung ohne ausreichende Sachkenntnis treffen. Diesbezüglich bin ich sehr dankbar für die Unterstützung meiner Kollegen Wolfgang Mahrer und Nikolaus Lackner, die mir mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Was hat dich dazu bewegt für die KLS zu kandidieren?

Der geplanten Abriss des Altbaus Sparkassengasse/Spitalgasse war der Auslöser, mich intensiver mit der Kremser Stadtpolitik auseinanderzusetzen. Der erfolgreiche Protest der KLS und anderer Gruppierungen gegen den Abriss aus Gründen des Mieterschutzes, des Ortsbildes und der Umweltverträglichkeit hat mir importiert. Es hat mir auch gezeigt, dass viele Missstände nur beseitigt werden können, wenn man aktiv dagegen auftritt, statt nur zu sudern. Als Gemeinderat stelle ich mich nun dieser Herausforderung und setze mich für eine gerechtere und solidarischere Gesellschaft ein!

Hast du das Gefühl, dass sich dieses Engagement auch lohnt und etwas bewirkt?

Ja, es ist schon auch erfüllend zu sehen, wenn eine Idee umgesetzt



wird oder wenn ein kritisches Nachhaken einen Beschluss im Sinne der Menschen verbessert, die keine Lobby haben. Mein Anspruch ist es, die Lobby für alle Menschen zu sein, die es sich nicht durch ihr Vermögen selbst richten können. Das städtische Härtefallkonto etwa geht auf meine Idee zurück, den Erlös einer Erbschaft für soziale Zwecke zu widmen. Zu wissen, dass mit diesem Geld Menschen in Not geholfen wird, statt in der Stadtkassa zu versanden, macht zufrieden und ist Ansporn noch mehr zu tun. So konnte ich in der Folge die Resolution gegen faschistische Gesten in der Sporthalle initiieren, habe das Parkpicketl für Beschäftigte und die Rücksichtnahme auf den Radverkehr beim Neubau der Neustifter Brücke durchgesetzt sowie die Erhöhung der Elternbeiträge im Kindergarten verhindert. KLS wirkt!

Du hast innerhalb der KLS sowie innerhalb des Gemeinderates auch einige grüne Akzente gesetzt. Warum ist dir das wichtig?

Es ist nicht unbedingt grüne Politik, wenn ich einen Radweg über

eine neue Brücke oder gesetzeskonforme Radabstellanlagen fordere. Es geht dabei um die KremserInnen, die auch ohne Auto unterwegs sein müssen oder wollen. Das diesbezügliche Engagement ist innerhalb des Gemeinderates aber so selten zu finden, dass der Bürgermeister mir daraufhin die Aufgabe

“Unsere Plätze und Straßen sollen wieder Aufenthaltsqualität bieten und keine grauen Beton- und Asphaltwüsten sein. Auch das ist Sozialpolitik!”

übertragen hat, Fuß- und Radverkehrsbeauftragter zu sein. Doch die Förderung aktiver Mobilität ist nur ein Teil einer nachhaltigen klimagerechten Politik. Fakt ist, unser profitorientiertes Wirtschaftssystem stößt zu viele Treibhausgase aus und beutet nicht nur die arbeitenden Menschen aus, sondern auch den Naturraum. Dabei ist längst klar, dass es die Armen sein werden, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind. Wer daheim einen großen grünen Garten mit Pool und eine Klimaanlage im Schlafzimmer hat, wird weniger unter den vielen Hitzetagen leiden, als Menschen, die sich das nicht leisten können und in einer

kleinen Mietwohnung leben. Hier müssen wir als Gemeinde ansetzen und den öffentlichen Raum attraktiver machen, damit man sich dort gerne aufhält. Unsere Plätze und Straßen sollen wieder Aufenthaltsqualität bieten und keine grauen Beton- und Asphaltwüsten sein. Auch das ist Sozialpolitik!

Die Wahlerfolge der KPÖ in Graz und Salzburg zeigen, dass auch eine kommunistische Partei erfolgreich sein kann. Die KLS hat den Kommunismus im Namen mit der Umbenennung in Kremser Linke Stadtbewegung ja abgelegt, um sich zu öffnen. Ist das gelungen?

Ohne diese Öffnung wäre es mir persönlich sehr schwer gefallen, bei der KLS mitzuarbeiten. Für mich ist der Kommunismus eine erstrebenswerte politische Utopie, deren realpolitische Umsetzung aber mehrfach gescheitert ist. Ich bin in der DDR geboren und kenne aus den Erzählungen meiner Eltern die gelebte Unfreiheit, das Unrecht und die de facto Diktatur, die dort herrschte. Ich habe aber auch miterlebt, wie der Kapitalismus nach dem Mauerfall einzog und alles im Sinne einer Gewinnmaximierung umstrukturierte. Auf die Menschen und deren Bedürfnisse wurde nur wenig Rücksicht genommen. So waren meine Großeltern dann mit Mitte 40 arbeitslos, weil die Betriebe nieder gemacht wurden. Grundsätzlich halte ich aber nicht viel vom Schubladendenken und ideologischen historischen aufgeladenen Begrifflichkeiten und würde mich selbst daher auch nicht als Kommunisten bezeichnen. Ich bin auch kein KPÖ-Mitglied, finde es aber ausgesprochen bereichernd auch Kommunisten und ihre Ideale in den Reihen der KLS zu haben.

Aus dem neuen Kremser Gemeinderat

Parkordnung heiß diskutiert

Während in der Gemeinderatsitzung vom **29.03.2023** die dringend notwendige Subvention für die Lilith Frauenberatung noch einstimmig beschlossen wurde, gab es beim Thema Parkordnung heftige Diskussionen. Wir waren die Einzigen, die die Interessen der arbeitenden Menschen vertraten und konnten zwei langjährige Forderungen von uns durchsetzen: Erstens bekommen endlich auch die Beschäftigten der grünen und blauen Altstadt-Parkzone ein vergünstigtes Parkpickerl innerhalb der grünen Zone. Beschäftigte zahlen künftig nurmehr € 240 statt € 720 im Jahr.

Wer auf das Auto angewiesen ist, um zur Arbeit zu fahren, darf nicht der Dumme sein und abgezockt werden. Zweitens erhalten Nebenwohnsitzer kein Parkpickerl mehr, für Hauptwohnsitzer wird das Antragsverfahren erleichtert, so dass die Nachweise unregelmäßiger Dienstzeiten u. ä. entfallen. Durch diese Regelung erhoffen wir uns infolge zusätzlicher Hauptwohnsitzer eine Steigerung der Einnahmen aus den Bundesertragsanteilen.

Schmerzlich ist hingegen die Einführung der Gebührenpflicht in der bereits bestehenden blauen Zone Stein. Für die SteinerInnen bedeutet dies Mehrkosten von € 6,67 pro Monat für das Abstellen des KFZ auf öffentlichen Grund. In Gebieten mit großem Parkdruck und wenig Platz ist dies aber solidarisch gegenüber jenen Menschen, die kein Auto besitzen und sich statt eines Parkplatzes lieber einen Baum, ein Bankerl oder Platz zum Spielen wünschen. In der Diskussion haben SP und VP scharf gegeneinander geschossen, so dass selbst die Medien über den Sittenverfall im Gemeinderat berichteten.

Die ÖVP warf Stadtrat Molnar vor, die SteinerInnen nur „abernten“ zu wollen, vergaß aber darauf,

dass sie dies schon vor Jahren in der Altstadt und der grünen Zone selbst eingeführt haben. Die Erhöhung der Marktgebühren für die Marktfahrer um 50% ist hingegen für die Volkspartei kein Problem, obwohl dadurch die Lebensmittel von unseren regionalen Bauern teurer werden. Erfreulich ist, dass die Preise für Parkpickerl und Parkscheine trotz Inflation nicht angehoben wurden. Krems hat österreichweit die günstigsten Parktarife.

Die Ziele und Maßnahmen des örtlichen Entwicklungskonzepts wurden einstimmig beschlossen. Dieses für die Raumordnung wichtige Werkzeug wurde vom Land viel zu spät eingeführt, so dass in Krems durch beliebige Umwidmungen schon viel Grünraum der Grundstücksspekulation zum Opfer gefallen ist.

Dank KLS-Antrag wurde dem Gemeinderat auch der jährliche Schuldenbericht vorgelegt: Von 2021 auf 2022 gingen die Schulden der Stadt von 80,9 auf 47,7 Mio. € zurück. Damit werden die enormen Schulden der ÖVP geführten großen Koalitionen weiter abgebaut.

Die Sitzung vom **26.04.2023** war vor allem geprägt von Themen im Bereich der Energiewirtschaft. Wir begrüßen die Gründung einer städtischen Energiegemeinschaft für die autarke Versorgung unserer Stadtbetriebe sowie den Beitritt zur erneuerbaren Energiegemeinschaft (EEG) Göttweigglick. Diese EEG ist genossenschaftlich organisiert und umfasst das Einzugsgebiet des Umspannwerkes Krems.

Damit kann Krems überschüssigen Strom aus stadteigenen PV-Anlagen regional vertreiben und bei Bedarf auch regional beziehen. Dass die landeseigene EVN hier über ihre Tochter EZN nicht mitnaschen darf, empörte die Volkspartei derart, dass sie

sogar das Argument anführte, Krems würde mit dem Beitritt zur EEG Göttweigglick auf die Möglichkeit eines sozial gestaffelten Strompreis für die KremserInnen verzichten. Wir finden die Idee eines einkommensabhängigen Strompreises gut, müssen aber mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, dass die EVN dies noch nicht umsetzt.

In der Sitzung am **24. Mai 2023** wurde der Initiativantrag zur Pfarrkirche Lerchenfeld nach begonnener Debatte wegen fehlender Verkaufsdetails seitens der Diözese von der Tagesordnung genommen und auf die Juni-Sitzung verschoben.

Das hervorragende Engagement der BürgerInnen zum Erhalt von Kirche und Park wird leider durch Politspielchen des ÖVP-Vizebürgermeisters begleitet. Es soll der Eindruck erweckt werden, nur die ÖVP würde sich für den Erhalt einsetzen. Dafür werden vertrauliche Gesprächsinhalte zur medialen Inszenierung weitergegeben, wodurch die Verhandlungsposition der Diözese als Verkäufer zuungunsten der Käufer gestärkt wird. Dies könnte den Preis so weit in die Höhe treiben, dass ein Kauf für

die Stadt unleistbar wird. Dann kann die ÖVP mit dem Finger auf den Bürgermeister zeigen und ihm Versagen vorwerfen.

Ihre Zustimmung jedenfalls versagt hat die FPÖ der Zahlungserhöhung an den Verein Impulse, welcher die Jugendarbeit für die Stadt übernimmt und das Jugendkulturzentrum in der Mitterau betreibt. Hier zeigt sich wiederum sehr deutlich die Einstellung der FPÖ gegenüber unseren Jugendlichen.

Bei den Vorberatungen für die Tarifierungen für die Tagesbetreuung in den städtischen Schulen und Kindergärten waren wir die Einzigen, die angemerkt haben, dass es für viele Eltern teurer werden wird. Es waren Erhöhungen der Elternbeiträge im Kindergarten um bis zu 15% geplant. Dass dies mit der SP-Forderung „ganzjährig, ganzjährig und gratis“ sowie mit einer grundlegend sozial orientierten Politik unvereinbar ist, liegt auf der Hand. Deshalb initiierten wir einen fraktionsübergreifenden Abänderungsantrag, der bewirkt, dass der Tarif für kein Kind angehoben wird.

**KLS wirkt:
Parkpickerl für Beschäftigte in der
Innenstadt kommt!**

**Parkpickerl für Erwerbstätige aller Parkzonen
für € 240 im Jahr**

Ersparnis von bis zu € 480 im Jahr

**fairer Kompromiss aus leistbarer Gebühr und
Verkehrslenkung für weniger Parkdruck**

„Klassenkampf von oben!“

Die Durchsetzung des Neoliberalismus seitens der USA (Reagan) und Großbritanniens (Thatcher), ab Ende des 20. Jahrhunderts, erfolgte mit tatkräftiger Unterstützung der damals in der EU fast überall regierenden Sozialdemokratie (Schröder/D, Blair/GB, Mitterrand/F, Palme/S etc.). Längst als Lüge enttarnt ist das Versprechen, der weltweit offene Markt würde zu Wohlstand in aller Welt führen.

ÖVP-Schüssels damaliger Slogan „Geht es der Wirtschaft gut, geht es uns allen gut!“ kann man heute nur als Hohn empfinden, wenn Überprofite von Konzernen und rasant steigende Verarmung von Bürgern selbst in der Kronenzeitung viele Seiten füllen. Die Einkommensschere zwischen Superreichen und Arbeitenden klafft täglich mehr auseinander.

Für die Marktöffnung wurden unsere hart erkämpften europäischen Sozialsysteme ungeschützt der Konkurrenz der Billiglöhnländer, ohne Kranken- oder Pensionsversicherungen, ausgeliefert. Komplette Industriezweige (Textil, Elektronik, Spielsachen, etc.) wurden daraufhin nach Asien verlagert, wo das Lohnniveau nicht einmal ein Zehntel des europäischen betrug und Lohnnebenkosten unbekannt sind. Jetzt gab es in Arte-TV einen Bericht, Textilkonzerne wollen von Asien mit Monatslöhnen von 200 – 300 € nach Äthiopien weiterwandern, wo Näherinnen nur 26 € (!) im Monat erhalten.

Kein Wort der Selbstkritik aus der Führung der Sozialdemokratie, der auf Grund dieser Entwicklungen massenhaft Anhänger und Wähler davonlaufen. Dass seit Jahrzehnten ein Klassenkampf von oben gegen die lohnabhängige Bevölkerung geführt wird, belegt nicht nur das bekannte Zitat eines der reichsten US-Milliardäre Warren Buffett: **„Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die den Krieg führt, und wir gewinnen.“**

Dieses Zitat ist dem Inhaltsverzeichnis des Buches von N. Strobl



und M. Mazohl aus dem ÖGB-Verlag „Klassenkampf von Oben“ vorangestellt. Die Autoren listen faktenfundiert die Angriffspunkte, Hintergründe und rhetorischen Tricks der österreichischen Innen-, Sozial- und Wirtschaftspolitik auf, die zur Aushöhlung unseres Sozialstaates führten.

Besonders aktiv sind dabei Schwarz/Blau - beginnend mit Exkanzler Schüssel (ÖVP) und Jörg Haider (FPÖ) oder Kurz/Strache. Nehammer fährt, von den Grünen kaum gebremst, diesen antisozialen Kurs weiter. Wer dieses Buch liest, dem werden die Zusammenhänge klar, wie Privatisierungen weitere Teile des öffentlichen Dienstes (Post,

Pflegeheime, Bildung (Fachhochschulen, Privatunis) Müllabfuhr etc.) sowie gleichzeitiger Abbau guter arbeitsrechtlicher Bedingungen im öffentlichen Dienst (Abschaffung der Pragmatisierung) dazu dienten, den privaten Arbeitgebern ein besseres Gehalts-/Lohn- Pensionsniveau und faire Arbeitsbedingungen vom Hals zu schaffen. Dafür musste man die verstaatlichte Industrie und den Industriebereich der drei verstaatlichten Banken (CA, Länderbank, ÖCI) privatisieren.

Man spielte die Arbeitnehmer gegeneinander aus. Dazu diente das Märchen, dort werde zu wenig gearbeitet und die Mitarbeiter seien faul und Parteigünstlinge der SPÖ. Nicht ein

Kampf um Angleichung des Privatsektors an die besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen der öffentlichen Hand folgte, nein die Kapitulation der Gewerkschaften, welche die Privatisierungen duldeten. Der Mindestlohn im Landesdienst ist in Niederösterreich mit 1938,10 € aktuell der niedrigste aller Bundesländer.

Ändern wollen LH Mikl-Leitner und die FPÖ laut Kronenzeitung (18.5.2023) offenbar nichts. Das Sozialsystem wird aktuell dadurch ausgehöhlt, dass man die Einkommensgrenzen, nach denen man Hilfen erhält, einfach nicht der Inflation anpasst. So hat man in Krems die Mietzuschussrichtlinie seit 2010 nicht angepasst. Die Förderrichtlinien für die Tagesbetreuung in Schulen und Kindergärten sind ebenfalls 5 Jahre nicht angepasst worden.

So erhalten immer weniger Menschen Hilfe, auch wenn ihr Einkommen weit unter der Armutsgrenze liegt! Die ÖVP-Freunderwirtschaft ist durch die Kurz-Affären aufgefliegen. Chatprotokolle aus ÖVP- Kreisen beweisen, Unternehmer können sich Steuernachlässe bestellen, denn Finanzbeamte sind, „... die Huren der Reichen“.

Die Vermögenssteuern sind für ÖVP und FPÖ sowieso kein Thema mehr, zu sehr hängen sie am Finanztropf der Superreichen. Kurz „schenkte“ den Unternehmern den 12 Stundentag für ihre Mitarbeiter. Scharenweise läuft jetzt das Pflegepersonal wegen der totalen Überarbeitung und nicht adäquater Bezahlung davon.

GR Mag. Wolfgang Mahrer

Landtagswahlen in Salzburg

KPÖ Plus zieht aus dem Stand in den Landtag ein

Der Blätterwald rauscht, die KommentatorInnen überschlagen sich mit Erklärungsversuchen: Dem Team um KPÖ Plus Chef Gemeinderat Kay Michael Dankl gelang bei der Landtagswahl im doch eher konservativ gepolten Salzburg die absolute Sensation: Aus dem Stand schaffte man den Einzug in den Landtag und wird dort künftig mit vier Mandaten vertreten sein.

Seit vier Jahren vertritt der Historiker und Museumspädagoge als einziger Mandatar die KPÖ Plus im Gemeinderat der Stadt Salzburg. Jahrelange Aufbauarbeit in den Stadtvierteln jenseits der Reichen und Schönen, unbeugsames Hinweisen auf die fehlenden Möglichkeiten für jene, die es sich nicht so einfach richten können und eine gemeinsame Kraftanstrengung von ehrenamtlichen AktivistInnen aus allen Salzburger Gauen und ganz Österreich führten zu einem sensationellen Ergebnis, welches Leuchtturmwirkung weit über die Grenzen der Festspielstadt Salzburg hinaus hat.

Parallelen zwischen Graz, Krams und Salzburg

Eines erscheint klar: Dort, wo zumindest ein gewählter Mandatar in einer Stadt glaubhaft die Interessen der Lohnabhängigen und der Menschen ohne große finanzstarke Lobby vertritt, schafft es die KPÖ Plus die politische Position auszubauen.

In Graz hielt lange Jahre Ernest Kaltenecker allein die Stellung im Grazer Gemeinderat. Heute ist die KPÖ dort mit Elke Kahr stärkste Partei und stellt die Bürgermeisterin. Sie ist auch schon mehrere Perioden im Steirischen Landtag vertreten.

In Krams war über Jahrzehnte der erst kürzlich verstorbene Franz Kral als Einzelmandatar das soziale Gewissen im Kremser Gemeinderat. Heute hat die KLS in Krams drei Mandate und dies ist zu einem guten Teil der jahrelangen Aufbauarbeit von Franz Kral zu verdanken.

In der Stadt Salzburg gelang Kay Michael Dankl vor vier Jahren der Einzug in den Gemeinderat, und es dauerte nur knapp eine Periode und die Menschen draußen in den Gauen außerhalb der Stadt verstanden, wie wichtig unkorruptible Vertreter ihrer ureigensten Interessen sein können. In keinem der Gaue blieb die KPÖ Plus unter der 5% Einzugschürde. In der Stadt Salzburg wurde sie deutlich zweitstärkste Partei hinter der ÖVP.

In den bevölkerungsreichen Stadtteilen abseits der teuren Altbauwohnungen lag die KPÖ Plus sogar in einigen Sprengeln als stärkste (!) Partei am 1. Platz.

GR Nikolaus Lackner

Wir gratulieren!

Die Gemeinderatsmandatäre der KLS sowie die Bezirksparteiorganisation der KPÖ Krams Waldviertel gratulieren den vier neu gewählten MandatarInnen des Salzburger Landtags zu ihrem Erfolg!

Wir wünschen alles Gute für eine gerechtere Politik im Interesse der Menschen!

KLS • Kremser Linke Stadtbewegung



Kay-Michael Dankl, KPÖ Plus Spitzenkandidat und Haslauers größte Nervensäge

Kay (34) ist Historiker und tritt seit 2019 als Gemeinderat der Stadt Salzburg dafür ein, dass Soziales und leistbares Wohnen nicht untergehen.

Von seinem Gemeinderatsbezug gibt er monatlich einen Teil ab, um SalzburgerInnen in Notlagen zu unterstützen.

Bisher hat er SalzburgerInnen mit über 28.000 Euro unterstützt.

Kay lebt mit seiner Freundin in einer 46m² Wohnung in Lehen.

KLS• weil's wirkt:

Härtefallkonto der Stadt Krams wird eingerichtet!

„Wir brauchen einen klaren Vorrang für Soziales! Lasst uns den Menschen helfen, die es am nötigsten brauchen.“

GR Wolfgang Mahrer

KLS • Kremser Linke Stadtbewegung

ÖVP

Am rechten Auge blind !

Armin Wolf hat völlig recht, wenn er in der Anmoderation der ZiB2 vom 16.5. folgendes sagt:

„Angenommen, die Polizei würde bei einem radikalen Islamisten eine Waffensammlung finden und Anschlagpläne gegen ein riesiges Volksfest in Wien. Man kann sich die politische Aufregung etwa vorstellen.“

2021 hat der Verfassungsschutz einen 78-jährigen Neonazi verhaftet, der einen Anschlag auf das Volksstimmefest der KPÖ geplant hat. Bei einer Razzia wurden eine Waffensammlung, Bombenpläne und eine Feindesliste entdeckt. Politische Aufregung gab es keine, und der

politische Veranstalter wurde ebenso wenig informiert wie die Personen auf der Feindesliste.

Der Innenminister hieß zu dieser Zeit übrigens Karl Nehammer. Es ist eine absolute Unverfrorenheit seitens der ÖVP-Riege, zugunsten möglicher Koalitionen in Ländern und Bund seit Jahren alle Vorsicht im Umgang mit der rechten Terrorgefahr rechts liegen zu lassen.

Der namentlich bekannte ehemalige FPÖ-Ortspartei- und Chef, der wegen Besitz von Bildern missbrauchter Kinder aus der Partei geworfen wurde, schloss sich später der rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“ an, und radikalisierte sich unter den Augen

des Verfassungsschutzes offenbar soweit, bis er sogar Probesprengungen in Ungarn durchführte. **Nicht nur der jetzige Innenminister Karner sondern auch der**

ehemalige Minister und jetzige Kanzler Karl Nehammer sind auf dem rechten Auge Blind und daher rücktrittstun!

GR Nikolaus Lackner



Und jetzt erst recht!

Badearena neu

Es braucht endlich mehr Transparenz

Das Thema Bad erregt die Gemüter!

2011 wurde ein Neubau von Bürgermeister Resch, damals noch Sportstadtrat, für 13 Mio. Euro angekündigt und sofort aufgrund der hohen Kosten kritisiert. Resch vermutete seinerzeit in der ablehnenden Haltung der ÖVP die Absicht, der SPÖ keinen Erfolg zu gönnen. Zwischenzeitlich sollte das Bad dann 24 Mio. Euro kosten und der Baustart im Herbst 2023 liegen. Laut Medienberichten sind wir nun schon bei 42 Mio. Euro und Baubeginn erst 2024.

Es ist verständlich, dass es bei solchen Projekten zu Verzögerungen und Kostensteigerungen kommen kann. Die BürgerInnen wollen darüber aber ehrlich informiert werden und brauchen keine Beschwichtigungen. Dass die Medien Schlagzeilen herbeischreiben können und mit fragwürdigen Informationen auf Gehör stoßen, liegt nicht zuletzt an der mangelnden Transparenz



©Stadt Krets

der Stadtregierung. Hier ist aktive und aufrichtige Kommunikation gefragt, wenn man sich nicht angreifbar machen will.

Deshalb fordern wir alle auf, das Bad nicht weiter als politischen Spielball zur Profilierung und Schädigung des politischen

Mitbewerbers zu verwenden, sondern erwarten uns Antworten zu **wichtigen Fragen:**

- **Wie ist der aktuelle Stand?**

- **Warum sind welche Kosten gestiegen und wie hätte das vermieden werden können?**

- **Warum geistern ständig Halbwahrheiten in den Medien umher?**

- **Wie kommen wir möglichst bald und möglichst günstig zu einem neuen Bad?**

GR Ronny Weißing



KULTUR MITTE
3500 KREMS – OBERE LANDSTRASSE 8

Ausstellung „Tafelbilder“ von Manfred Körner und Lesung mit Markus Gartner

Bei der Vernissage zu seiner Ausstellung „Tafelbilder“ lüftete der Maler Manfred Körner das „Geheimnis“, warum es eine Jubiläumsausstellung war. Seine 50. Ausstellung wollte er in der Kultur Mitte mit ihrer besonders familiären Atmosphäre präsentieren. Obmann GR Mahrer begrüßte die Gäste und hielt die Laudatio, Bgm Resch eröffnete diese Ausstellung von Bildern, die in ihrer Qualität an alte Meister erinnern.

Am letzten Tag der Ausstellung fand im Ambiente der wunderbaren Bilder die Lesung und

Diskussion mit Markus Gartner statt. Er las Passagen aus seinem Buch „Politik muss wieder für die einfachen Menschen gemacht werden“.

Die Besucher beteiligten sich rege an der intensiven Diskussion. Ursachen und Bekämpfung sowie Hilfe gegen die um sich greifende soziale Not, waren ein aktuelles Thema, ebenso der Krieg in der Ukraine oder die Wahlen in der Türkei. Die aktuelle Situation - besonders in Kremser - mit der Explosion der Kosten für Miete, Energie und Nahrungsmittel wurde kritisch angesprochen.



Bürgermeister Dr. Resch, Künstler Manfred Körner und GR Mag. Mahrer (v.r.n.l)

Ausstellung „Der zweite Blick“

Im Volkshaus Lerchenfeld - 3500 Kremser, Hofrat Erben Straße 1 ist **bis 15. August** die von Dr. Robert Streibel initiierte Ausstellung „Der zweite Blick“ jeweils Mo.-Sa. 10-17 Uhr geöffnet.

Mit dieser Ausstellung wird das Kapitel „Zwangsarbeiter in Kremser während der Nazizeit“ endlich an die Öffentlichkeit gebracht.

Die Ausstellung im Rahmen des Wald/4 Festivals ergänzt das derzeit in NÖ laufende Forschungsprojekt „NS-Volksgemeinschaft und Lager“ (<https://www.nslager-niederösterreich.at>), das in Kremser von der Donau-Uni betreut wird.

Ausstellungseröffnung

„For Forest - Atem des Lebens - Der Wald“ von Karl Hochstöger

Am Freitag, 2. Juni 2023, fand in der Galerie Kultur Mitte Kremser die Vernissage der Ausstellung „For Forest - Atem des Lebens - Der Wald“ des bekannten Kremser Malers Karl Hochstöger statt.

Die vielen Gäste begrüßte der Obmann der Kultur Mitte GR Mag. Wolfgang Mahrer. Zur Ausstellung sprach MMag. Gregor Kremser, PhD, Leiter des Kulturamtes Kremser. Die Eröffnung übernahm GRin Mag.a Elisabeth Kreuzhuber.



MMag. Kremser PhD, GR Mag. Mahrer, GRin Mag.a Kreuzhuber und der Maler Karl Hochstöger

KLS • **Kremser Linke Stadtbewegung**

www.KLS-KREMS.at

Sprechstunden nach telefonischer Vereinbarung

GR Wolfgang Mahrer

Tel.: 0664/524 98 62

wolfgang_mahrer@gmx.at

GR Nikolaus Lackner

Tel.: 0676/558 53 73

lackner@kpoe.at

GR Ronny Weßling

Tel.: 0650/585 46 66

ronny.wessling@gmx.at